

## Editorial

### *Nachrichten aus dem Hightech-Imperium*

Dank Edward Snowden ist ins allgemeine Bewusstsein gedrungen, dass die digitale Infrastruktur der ›Wissensgesellschaft‹ mittels Großdatenverarbeitung das Wissen über die Gesellschaft dem Zugriff der politisch-ökonomischen Großmächte des transnationalen Hightech-Kapitalismus ausgeliefert hat. ›Informationell‹ existiert die Unverletzlichkeit der Privatsphäre nur mehr auf dem Papier. Schon zu Beginn der Epoche hatten die Spionagesatelliten dank einer kopernikanischen Wende den von elektronischen Hightech-Kameras umkreisten Erdball zum umgekehrten Panoptikum gemacht. Wenn es den einen Punkt, von dem aus alles eingesehen werden konnte, nicht gab, so waren nun alle Punkte auf der Erdoberfläche von einer ›stehenden Welle‹ der Beobachtung eingekreist. Die Oberfläche des Erdballs und was vom unter ihr Liegenden sich sichtbar machen ließ, lagen den Großmachtapparaten, denen ein derartiges Dispositiv zur Verfügung stand, wie ein aufgeschlagenes Buch vor Augen. Nicht so das Innenleben. Die globale Lokalisierbarkeit der Nutzer von satellitengestützter Mobiltelefonie ebnete sodann den ferngesteuerten Distanzwaffen den Weg. Der nächste Schritt führte unmittelbar ins Nervensystem der Globalisierung. Der US-Apparat, gestützt auf die großen US-Hightech-Konzerne mit einer zwischenstaatlichen ›Koalition der Willigen (und Fähigen)‹ im Schlepptau, allen voran England, hat seither für eine Zeitspanne, in der die anderen Mächte noch nicht aufgeholt haben, die informationelle Weltherrschaft inne.

Die National Security Agency mit ihrem unheilvollen Namens Kürzel NSA ist die Schlüsselbastion dieser informationellen Überwältigung. Die Luftaufnahme der schon im Jahre 2001 laut Wikipedia 48 000 Parkplätze vor dem US-Spionagezentrum gibt eine Ahnung vom Ausmaß. Die NSA unterwirft das unsichtbare, weil digitale Geschehen ihrer Kontrolle, indem sie dessen Infrastruktur und Zirkulationsmedien unmittelbar zu ihrem Herrschaftsmedium gemacht und damit einen qualitativen Sprung gegenüber der »Panoptik«<sup>1</sup> vollzogen hat. Constanze Kurz (»Die Angriffsindustrie«, FAZ, 1.11.13, 31) beschrieb diesen Quantensprung der Spionage als eine »Industrialisierung von Angriffen«, »die allgemein für schwierig, esoterisch, teuer oder in der Praxis mühsam durchzuführen gehalten wurden«, inzwischen aber, wie sie am Beispiel des FoxAcid-Programms zeigt, »weitgehend automatisiert«, also in den allermeisten Fällen ohne menschlichen Eingriff ablaufen. Die Softwareproduzenten lieferten der NSA sogar ihre der übrigen sozialen Welt gegenüber peinlich unter Verschluss gehaltenen Quellcodes aus. »Dass die bei der Analyse [...] gefundenen Lücken erst einmal zur Munitionierung der NSA-Angriffswaffen dienen, bevor sie verwendet werden, um eigene Systeme zu schützen, ist eine der Erkenntnisse aus den Snowden-Papieren«.

---

1 Thomas Stamm-Kuhlmann (»Das ist Totalität«, FAZ, 31.10.13, 25) sieht erst in den NSA-Programmen wie XKeyscore die »Panoptik [...] weltumspannend geworden«. Doch das Panoptikum ist harmlos im Vergleich zur inner-informationellen Spionagetechnologie. Diese erlaubt, die Gedanken der Welt im Moment ihrer Äußerung zu lesen.

Aus dem digitalen Weltinnenraum hat die Snowden-Sonde damit den Befund erbracht, dass die alte Weltstaatsutopie inzwischen zur Dystopie geworden ist. »Denn in einem Weltstaat gibt es keinen Ort, an den man emigrieren kann.« Stamm-Kuhlmann, der diesen Zustand zu Protokoll gibt, zieht daraus die praktische Schlussfolgerung, die ganze Welt müsse sich von nun an verhalten, »als gäbe es den Weltherrscher schon«. Wie eh und je die Schwächeren müssten wir uns in die Herrschenden einfühlen. Sich wie die Dissidenten in der DDR zu verhalten, welche die heiligen Texte des Marxismus zitierten, um sie »beim Wort zu nehmen und zu beweisen, dass der reale Sozialismus eine Entartung dessen sei, was Marx und Engels gewollt hätten«, sei »das Einzige, was uns gegenüber Amerika bleibt«. Wie eine Antwort wirkt, was Frank Schirrmacher tags darauf im FAZ-Leitartikel (»Europas Sputnik-Schock«, 1.11.13, 1) schrieb: »Die Erkenntnis dessen, was ist, darf nicht zu Resignation, sondern sollte zu einer Art Sputnik-Schock in Europa führen. Defätismus, Lobbyismus oder pure Ignoranz verkünden, der Zug sei längst abgefahren, offenbar weil man lieber die Kolonialisierung der eigenen Kommunikation in Kauf nimmt.« Die Beschwörung des Sputnik-Schocks verschob den Konflikt auf die Ebene zwar nicht der System-Konkurrenz, wohl aber der Konkurrenz. Ins Zentrum rückte Schirrmacher die Wirtschaftsspionage seitens der USA und benannte als Achillesferse die datentechnologische Abhängigkeit von den USA. Ein Hauch imperialistischer Herausforderung des US-Imperiums wehte durch die Spalten der Zeitung.

Zwei Seiten weiter folgte ein ausführliches Interview Frank Schirrmachers mit Hans-Peter Uhl, dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag (»Versuchen wir es doch mit einer E-mail made in Germany«, 1.11.13, 33). Dieser rückte die Wirtschaftsspionage an die erste Stelle, worauf Schirrmacher das Stichwort »Wirtschaftskrieg« einwarf. Uhl stimmte zu. Konflikte würden heute vor allem wirtschaftspolitisch ausgetragen, an erster Stelle durch »technische Aufklärung«. »Ein funktionierender Wirtschaftsschutz ist daher ein entscheidender Abwehr- und Wettbewerbsfaktor für unser Land und eine gemeinsame nationale Aufgabe von Staat und Wirtschaft«. Aber können transnationale Konzerne überhaupt noch als national in Anspruch genommen werden? Deutsches Recht auf deutschem Gebiet durchzusetzen, »wird wahrscheinlich nicht immer gelingen«, schwante es Uhl, »dazu ist das System zu transnational angelegt.« Ihm schwebte stattdessen eine realwirtschaftliche Gegenoffensive vor. Was mit Airbus gelang, der US-Übermacht Boeing eine europäische Konkurrenz entgegenzusetzen, müsse auch auf dem Gebiet der IT möglich sein.

In Europa ist laut Snowden Deutschland die am meisten ausspionierte Macht, in Lateinamerika Brasilien. Die Regierungen beider Länder sind in der jetzigen Affäre realpolitisch prompt eingeknickt und begrenzten ihren Protest im Wesentlichen auf Symbolpolitik. Gäbe es einen Satirepreis für Feigheit, die europäischen Regierungen verdienten ihn. Ihre beflissene Willfährigkeit, angeführt vom souveränitätsstolzen Frankreich, aus Angst vor US-Ungnade dem Flugzeug des bolivianischen Präsidenten auf den bloßen (unbegründeten) Verdacht hin, Snowden sei an Bord, das Überflugsrecht zu verweigern und damit internationales Recht zu brechen, manifestierte die »Kazikisierung der Nationalstaaten, abgeleitet vom Kaziken, dem

indianischen Dorfhäuptling, der einerseits die Unteren vertrat und von ihnen getragen werden musste, andererseits und dominantermaßen aber die Imperialherrschaft ihnen gegenüber durchsetzte« (HTK II,<sup>2</sup> 165). Doch auch Obama agierte weniger wie der Präsident einer Demokratie als wie der vorgeschobene Pressesprecher des US-Geheimapparats. Der Unilateralismus im Zeichen des »American Century«, der unter Bush im Sumpf zweier ungewinnbarer Kriege versackt ist, durch den von den USA ausgehenden Finanzkrach die Große Krise des Hightech-Kapitalismus ausgelöst und die globale Hegemonie der USA erschüttert hat, feiert auf informationellem Gebiet Urstände. Zugleich regen und strecken sich imperiale Strategien der USA nach allen Seiten, um die Welthandelsströme auf die USA auszurichten, die technologische Welthegemonie (damit auch die Macht, Standards zu setzen) neu zu verankern und Chinas Aufstieg zu bremsen. Kurz, die USA setzen alles daran, ihre Imperialmacht als Hegemoniebasis im Weltkapitalismus auf den Stand zu bringen. Der US-Imperialismus und die gegen ihn ihre Kräfte mobilisierenden Gegenimperialismen werden dem »Imperium des transnationalen Kapitals« (vgl. dazu HTK II, Kap. 7) noch zu schaffen machen.

»Lieben Sie dieses Land?«, fragte zur Schande der Linken ein Labour-Abgeordneter den Herausgeber des *Guardian*, Alan Rusbridger, der zum parlamentarischen Verhör zitiert worden war, weil er einige der von Edward Snowden zur Verfügung gestellten Materialien über die globale Ausspionierung durch die USA und Großbritannien veröffentlicht hatte. Alles spielte sich ab wie seinerzeit unter Adenauer und Strauss: Wer dem Land verrät, dass es von seinen Ordnungshütern und Regierenden verraten wird, wird zum Landesverräter erklärt.<sup>3</sup> In unseren Augen verdient jemand wie Alan Rusbridger, der die Pressefreiheit verteidigt hat, und jemand wie Edward Snowden, der der Welt die Augen über den Digitaltotalitarismus geöffnet und die Notwendigkeit einer Weltinformationsordnung neu auf die Tagesordnung gebracht hat, den Friedensnobelpreis.

WFH

### Wozu Krisenanalyse?

Auf der InkriT-Tagung 2013 wurden verschiedene Krisenanalysen aus marxistischer Sicht vorgestellt. Da sie sich stark unterscheiden, die Diskussion aber zu kurz kam, nutzen wir das vorliegende Heft für die nötige Nachbearbeitung. Auf die ins Deutsche gebrachten drei Hauptvorträge folgen drei kritische Diskussionsbeiträge. Den Kern der Auseinandersetzung bildet der Zusammenhang zwischen Profitratenentwicklung und Krise, mithin die Frage nach der Gültigkeit des von Marx entdeckten tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate und seine Bedeutung für das Verständnis ökonomischer Krisen. Diese Problematik scheint uns auch für Theorie und Praxis des Befreiungshandelns im neoliberalen Kapitalismus wichtig. Die Beiträge, die sich mit der Rolle der USA bei der Herausbildung eines globalen Kapitalismus

2 W.F.Haug, *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, Hamburg 2012 (zit. HTK II).

3 Vgl. Margherita von Brentano, »Das verratene Land und der Landesverrat« (Editorial), in: *Das Argument* 24, 5. Jg., 1963, H. 1, 2-5.

und des Englischen als Globalsprache befassen, sind daher keine bloßen Beigaben, sondern analysieren die Entstehungs- und Rahmenbedingungen des transnationalen Hightech-Kapitalismus.

Auf dem Prüfstand stehen letztlich divergierende Krisenanalysen. Ein einleitender kritischer Überblick mag den Zugang erleichtern: John Bellamy Foster, dessen Vortrag sich weniger der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise als der ökologisch bestimmten »epochalen Krise« widmet, erklärt in seinen einschlägigen Schriften in der Tradition von Paul A. Baran und Paul Sweezy heutige Krisen aus einer langfristigen Stagnations-Tendenz im Monopolkapitalismus. Dessen zentrales Problem sieht er in der Realisierung des gewachsenen Surplus. Als systemimmanenten Ausweg beschreibt er eine neue Phase des »Monopol-Finanz-Kapitalismus«, wobei Monopolisierung, Stagnation und Finanzialisierung sich wechselseitig verstärken<sup>4</sup>. Ein vom produktiven Bereich weitgehend abgekoppeltes Finanzsystem ermöglicht in dieser Sicht ein Surplus-Wachstum trotz Stagnation, freilich um den Preis von Finanzblasen, deren Platzen nach einem massiven Einbruch im Prinzip auf die normale Stagnation zurückführt. – Hierzu drängen sich einige Fragen auf: Steht die Stagnations-These nicht im Widerspruch zu den enormen technischen Umbrüchen in der Produktion? Auch die schlichte These der »Monopolisierung« scheint angesichts scharfer Konkurrenz zwischen den weltweit agierenden Großunternehmen, Zusammenbrüchen einiger Konzerne und immer neuer Firmen-Konstellationen, Ausgliederungen von Unternehmensteilen und strategischen Allianzen mit wechselnden Standorten wenig schlüssig. Zudem blendet die Ableitung einer Finanz-Herrschaft aus überschüssigem Surplus und die These des Aufblähens des Kreditwesens als einzigem »systemimmanenten« Ausweg die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse des transnationalen Hightech-Kapitalismus systematisch aus.

Gérard Duménil und Dominique Lévy sehen die ökonomische Krise vorrangig als eine Krise des Neoliberalismus unter US-Hegemonie. Weder der Fall der Profitrate noch Stagnationstendenzen treten als Krisenursachen in Erscheinung. Auch Nachfragemangel spielt keine Rolle, da die Absenkung der Löhne von 90 Prozent der Lohnbezieher durch den Anstieg der Einkommen der oberen 5 Prozent kompensiert werde. Während Foster den Neoliberalismus als Ideologie des Monopol-Finanz-Systems betrachtet, ist für Duménil/Lévy die Finanz-Hegemonie das Resultat der Durchsetzung einer neoliberalen Politik, maßgeblich betrieben von einer neuen Manager-»Klasse«. Deren politische Entmachtung bzw. die erzwungene Veränderung ihrer Verhaltensweisen gelten ihnen als Schlüssel zur Krisenbewältigung. Duménil/Lévy spekulieren auf eine neue Autonomie von Managern in Industrie und Politik, die – analog zu ihrer bisherigen Kooptation durch die Kapitalisten-Klasse – sozial progressive Allianzen mit den Belegschaften neu erlauben, um globale Regulierungen der Märkte, des Kapitalverkehrs oder der Finanztransaktionen durchzusetzen. – Auch hier erheben sich Einwände: Warum sollten Manager

---

4 »... in which monopolization, stagnation, and financialization operated as simultaneous and mutually reinforcing trends« (Foster/Magdoff, *The Great Financial Crisis*, 2009, 77).

bisherige Verhaltensmuster in der Krisenstrategie in Frage stellen? Und auf welcher sozio-ökonomischen Grundlage sollte eine neue hegemoniale Perspektive eigentlich entstehen? Während bei Foster Monopolisierung und Stagnation noch die Grundlage der bestimmenden Machtstrukturen bilden, entspringt bei Duménil/Lévy Finanz-Hegemonie unmittelbar neoliberaler Politik. Es ist, als gelänge man von ihrer Brechung direkt zur Stillstellung der Krisendynamik. Der Umgang mit den Widersprüchen in der Produktion tritt dahinter zurück.

Guglielmo Carchedi sieht im langfristig sich durchsetzenden Fall der Profitrate nicht nur die Erklärung der gegenwärtigen »großen Krise«, sondern auch die notwendige Bedingung dafür, dass der Kapitalismus an seinen Widersprüchen zugrunde geht.<sup>5</sup> Die seit 2008 eklatante Krise wird als Folge dieses langfristigen Falls der Profitrate interpretiert, der in den 1980er Jahren und zwischen 2003 und 2006 vorübergehend unterbrochen wurde, als die spekulativen Gewinne aus der Liberalisierung der Finanzmärkte zu Buche schlagen konnten und ab Mitte der 1980er Jahre von einer massiven Erhöhung der Mehrwertrate flankiert wurde. Je mehr aber das kapitalistische System sich weltweit ausbreite, je stärker die Konkurrenz technologische Innovation vorantreibe, desto stärker müsse der Trend zum Fall der Welt-Profitrate sich entfalten. Die Produktivkraftsteigerung, die Einzelkapitalen Wettbewerbsvorteile (Extraprofite) einträgt, führe demnach »in letzter Instanz« zu Krisenhaftigkeit und Niedergang, weil sie zugleich die Bedeutung der einzig Mehrwert schaffenden lebendigen Arbeit in der Produktion des Profits senkt. Im Gegensatz zu Foster geht Carchedi also nicht von einer durch Monopolisierung bedingten Stagnation aus; er unterstellt einen Zwang zur Innovation, dem auch Monopole unterliegen. Die Innovation, befeuert durch den Kampf um Marktvorteile, führe, wie von Marx als Tendenzgesetz behauptet, zum Fall der Durchschnitts-Profitrate. Allein massive Kapitalzerstörung – wie im Anschluss an die »Große Krise« von 1929ff durch den Zweiten Weltkrieg – könne eine Hebung der Profitrate und damit einen Ausweg aus der Krise ebnen.

Die Verknüpfung der Krisenproblematik mit technologisch bedingter Produktivitätssteigerung, ihren Widersprüchen und einer allgemeinen Tendenz zu Disproportionen und Überakkumulation bereichert die Diskussion um eine wichtige Dimension. Doch auch wenn der Fall der Profitrate als in der Kapitalverwertung angelegte Grundtendenz und das systemisch zur Krise Treibende gesehen werden kann, so muss er nicht als geradezu überhistorisch wirksamer Mechanismus aufgefasst werden, der notwendig zum Untergang des Kapitalismus treibt.

Die bereits von Marx ins Spiel gebrachten »gegenwirkenden Einflüsse [...], welche die Wirkung des allgemeinen Gesetzes durchkreuzen und aufheben« (MEW 25, 242), müssten hierzu als andauernd nur relativ wirksam nachgewiesen werden, nicht nur für bestimmte historische Phasen mit ausgeprägter technischer Innovation

---

5 »If we cannot predict the inevitability of the tendential fall in rate of profit and thus of crises, we deprive labour's fight of its objective ground, the recurrent attempt by the system to supersede itself due to its internal contradictions. Labour's fight, then, rather than being the conscious manifestation of the system's blind force of self-destruction, becomes a purely voluntaristic act.« (Carchedi/Roberts (2013): Beitrag auf der Inkrit-Tagung 2013, 10)

und Produktivkraftsteigerung. Carchedi, für den die Wirksamkeit des Gesetzes bewiesen ist und der entschieden Stellung gegen alle bezieht, die dieses Gesetz in Frage stellen, sieht in ihm auch das grundlegende materialistische Kriterium, das den Kampf für den Sozialismus von Voluntarismus unterscheidet. Allerdings bleibt er den Nachweis der generellen Wirksamkeit des Gesetzes schuldig und belässt es bei mehr oder weniger plausiblen Behauptungen. Die Widersprüchlichkeit der Produktivkraft-Entwicklung als den Produktionsprozess insgesamt antreibend und von diesem angetrieben werdend, stellt er zwar in Rechnung, bezieht sich aber nur auf den ökonomisch-wertmäßigen, nicht auf den stofflichen Zusammenhang.

Manfred Bürger, Helmut Bürger

### Zusatz

Die Debatte wird weitergehen, wie die Krisenprozesse des globalen Kapitalismus es tun. Ein Zwischenresultat glauben wir guten Gewissens weitergeben zu können: Weder lässt die gegenwärtige Krise sich direkt aus dem marxischen Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate ableiten, noch kann dieses Gesetz als widerlegt gelten. Wer es für widerlegt erklären möchte, pflegt auch die Arbeitswerttheorie zu Fall bringen, denn nur so lässt sich die Dezimierung lebendiger Arbeit durchs »Kriegsmittel« (Marx) potenziertes Maschinerie als krisenneutral behaupten. Den dialektischen Kern seines Tendenzgesetzes hat Marx in die Worte gefasst: »Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt.« (MEW 42, 601) Und wenn die Zeichen nicht trügen, dann ist die Hightech-Revolution nicht am Ende, sondern setzt soeben zum nächsten Quantensprung an. Es ist der Übergang zur »Industrie 4.0«, zu dem die Arbeitswelt und alle von ihr tangierten Verhältnisse einmal mehr umwälzenden Innovationsprojekt, zu dessen Sprachrohr, vom Standpunkt der deutschen Industrie mit den Fraunhofer-Instituten und der Bundesregierung im Rücken, sich die *Frankfurter Allgemeine* jüngst gemacht hat (20.11.2013, Verlagsspezial). Das »Internet der Dinge« und die Fabrik der untereinander kommunizierenden Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände schickt sich an, einmal mehr Menschen massenhaft aus dem Feld zu schlagen. Auch wenn, wie Constanze Kurz zurecht gesagt hat, »nicht die Maschine, der Roboter oder die Software, die Nemesis [ist], sondern der nach Profit strebende Mensch« (FAZ, 3.11.2013), so überzieht dieser Mensch unter neoliberaler Begleitmusik die für ihn lebendige Arbeit Leistenden durch den Einsatz von Maschine, Roboter und Software mit Niedriglöhnen, prekären Verhältnissen, verlängerter Arbeitszeit und wahlweise Arbeitslosigkeit, während in den durch solche Distanztechnologien abgehängten Ländern sich die Horrorszenarien dieses Fortschritts kumulieren.

Wenngleich seine vermeintlichen Widerlegungen nicht überzeugen, darf das marxische Tendenzgesetz keinesfalls zusammenbruchstheoretisch verstanden werden. Die oft als Zusammenbruchstheoretikerin abgestempelte Rosa Luxemburg

hat in ihrem Akkumulationsbuch das Nötige dazu gesagt, dass es nämlich »mit dem Untergang des Kapitalismus am Fall der Profitrate noch gute Wege, so etwa bis zum Erlöschen der Sonne« hat (GW 5, 446, Fn.). Am stärksten erscheint folgende krisentheoretische Sicht: Kapital kann nicht produzieren, ohne dass es Kapital überproduziert. Dieses ›Über‹ ist relativ in Bezug zunächst auf seine mögliche Realisation in Geldform, sodann in Bezug auf seine mögliche (profitable) Wiederanlage zu verstehen. Dies setzt die Realisierung des Mehrwerts voraus. Hier kommt ein anderes Argument Luxemburgs zu seinem Recht: Bestünde die Abnehmerschaft nur aus Kapitalisten und Lohnarbeitern, wäre fürs Gesamtkapital – krisentheoretisch ist dieser Begriff zentral – dieses Realisationsproblem (mit Ausnahme des unproduktiv ausgegebenen Konsumtionsfonds der Kapitalisten und ihres Anhangs) unlösbar. Hiergegen trifft wiederum der Einwand, dass der Kredit diese Grenze hinausschiebt. Doch die Lösung des Realisationsproblems durch Kredit ist zwar elastisch, doch nicht unbegrenzt. Irgendwann reißt die Kreditkette, und die Finanzkrise eklatiert, die fiktives Kapital vernichtet und eine Wirtschaftskrise einläutet, die nun auch das Realkapital zum Stocken bringt. Die Bewegungen der Profitrate sind mitwirkendes Symptom, nicht Ausgangspunkt der Krisenbewegung. Der krisenhafte und katastrophenträchtige Stolpergang des Kapitalismus hin zu seiner globalen Ausdehnung, in der alles Vor- oder Minderkapitalistische aufgezehrt wäre, könnte sich dereinst als die von Luxemburg anvisierte Geschichtsschwelle erweisen, an der das Weltsystem gezwungen ist, in einen qualitativ anderen Zustand überzugehen, soll es sich nicht im Paroxysmus einander überlagernder ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen in Barbarei zurückkatapultieren.

WFH



Argument Sonderband 300  
ISBN 978-3-88619-350-9  
240 Seiten · 16,50 €

## *Von Rosa Luxemburg lernen*

Die meisten Menschen kennen den Namen Rosa Luxemburg. Bekannt ist auch, dass sie ermordet wurde, im Landwehrkanal ertränkt. Einige erinnern ihr berühmtes Wort von der Freiheit, die stets die Freiheit der Andersdenkenden sei. Schon wenige wissen, dass sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung eigentlich nie wirklich zum Zuge kam und vor allem, dass in ihren politischen Vorschlägen, ihren zahlreichen Texten Unabgeholtenes steckt für gegenwärtige Politik. Das Buch rückt einiges ins Licht der Diskussion, vermisst Gegenwart im Spiegel Rosa Luxemburgs. Unter dem Vergangenen und Unwiederholbaren arbeitet Frigga Haug die Aktualität von Rosa Luxemburg heraus.